

Bundestagswahl 2017

Positionspapier zum Einbezug in das SPD-Wahlprogramm

Die SPD-Ortsvereine Asperg,
Markgröningen, Möglingen, Tamm

Februar 2017

VERTRAUEN WIEDER GEWINNEN

Die politischen Institutionen EU, Deutsche Bundesregierung und die sogenannten 'Alt-Parteien' erleben seit Jahren eine zunehmende Vertrauenskrise.

Das Vertrauen großer Teile unserer Gesellschaft in 'die Politik' ist nicht ohne Grund erschüttert: Seit über 30 Jahren erleben wir eine drastische Umverteilung von unten nach oben. Vom unzweifelhaft vorhandenen Wohlstandszuwachs profitieren vor allem die obersten 10 Prozent der Gesellschaft.

Mangelndes Vertrauen in eine bessere Zukunft und Abstiegsängste grassieren in der Mitte unserer Gesellschaft.

Auch das Vertrauen vieler Menschen in die SPD ist erschüttert. Zwar haben die Hartz-Gesetze zweifellos große Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit bewirkt. Allerdings wurden in der Folge Millionen prekärer, schlecht bezahlter Arbeitsplätze geschaffen. Zudem enthielten die Hartz-Gesetze etliche Zumutungen für Arbeitslose und verstärkten bei vielen die Abstiegsängste. Wirklich glaubwürdig wird unsere Partei erst wieder, wenn sie eingesteht, dass sich bei den Hartz-Gesetzen nicht alles bewährt hat; insbesondere die entstandene soziale Schieflage ist zu korrigieren.

Die Wahl von Martin Schulz als Kanzlerkandidat bietet eine große Chance für die SPD, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Allerdings gehört dazu der unbedingte Wille, nach der Bundestagswahl dann auch tatsächlich für spürbar mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, um nicht erneut die in die SPD gesetzten Hoffnungen zu enttäuschen.



ARBEITSVERHÄLTNISSE

Die Menschen benötigen sichere, gute Arbeitsverhältnisse, von denen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Immer mehr Menschen arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Diese Entwicklung muss wieder umgekehrt werden. Insbesondere fordern wir

- eine schrittweise Erhöhung des Mindestlohns bis 2021 auf 12 Euro. Die Kontrollen über die Einhaltung des Mindestlohngesetzes, insbesondere was bezahlter Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angeht, werden deutlich ausgeweitet
- eine erhebliche Ausweitung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen
- ein Verbot sachgrundloser Befristung
- gleiche Bezahlung für Leiharbeitnehmer nach 3 Monaten Beschäftigung im gleichen Betrieb.
- Geringfügige Beschäftigung wird in der heutigen Form abgeschafft
- wir wollen analog dem Recht auf Teilzeitarbeit ein Recht auf Erhöhung der Arbeitszeit bis zur tariflichen Arbeitszeit.

SOZIALVERSICHERUNG

Soziale Sicherung ist Ausdruck unseres Sozialstaatsprinzips nach dem Grundgesetz. Die SPD fordert nach wie vor die Einführung einer Bürgerversicherung für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung unter Einbeziehung von Beamten, Selbständigen und Freiberuflern; auch Einkünfte aus Kapitalvermögen sowie Vermietungen und Verpachtungen werden einbezogen. Die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung wird auf die Höhe der BBG in der Rentenversicherung angehoben. Die BBG in der Rentenversicherung wird schrittweise erhöht. Beitragszahlungen oberhalb der alten BBG werden für die erworbenen Rentenansprüche degressiv bewertet. Das Rentenniveau des Eckrentners wird dauerhaft bei 50% stabilisiert, insbesondere auch für die jüngere Generation. Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung wird schrittweise erhöht; außerdem wird bereits 2019 mit dem Aufbau einer Demografiereserve begonnen. Für den Arbeitnehmerbeitrag in der Sozialversicherung wird ein Grundfreibetrag von 200 Euro pro Beschäftigtem eingeführt; die Gegenfinanzierung erfolgt durch die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen.



STEUERN

Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Steuerpolitik ist eine Möglichkeit zur Schließung der Schere zwischen Arm und Reich. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein.

Oberstes Ziel der SPD ist die Schaffung von mehr Steuergerechtigkeit.

Dazu gehört insbesondere die konsequente Bekämpfung (legaler und illegaler) Steuervermeidung sowohl von deutschen als auch von ausländischen Steuerpflichtigen. Insbesondere setzen wir uns ein für

- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer erhält höchste Priorität
- Deutschland setzt sich für wirkungsvolle Sanktionen gegen Steueroasen ein.
- die Abschaffung der bisherigen Pauschalbesteuerung von Kapitalerträgen; als Quellensteuer wird der Höchstsatz in der Einkommenssteuer erhoben.
- die Einführung einer Konzerngewinnmindestbesteuerung in Höhe von 20% des auf den auf Deutschland entfallenden Konzerngewinnes, bemessen am auf den in Deutschland erzielten Umsatzanteil.
- Geringe bis mittlere Einkommen sollen entlastet werden. Bei 250.000 Euro (Ledige) soll der zukünftige Spitzensteuersatz von 49% (zzgl. Kirchensteuer) erreicht werden. Der Grundfreibetrag wird angehoben auf das aus dem Mindestlohn resultierende Vollzeiteinkommen.
- Das Kindergeld wird verdoppelt.
- Die Vermögenssteuer wird für Vermögen über 2 Millionen Euro auf verfassungsmäßiger Grundlage wieder erhoben.
- Die ungerechte Privilegierung in der Erbschaftssteuer für Firmenerben wird abgeschafft. An dessen Stelle sollen großzügige Möglichkeiten zur Steuerstundung und -tilgung über einen Zeitraum von 12 Jahren geschaffen werden.

Dieses Positionspapier wurde im Rahmen des interkommunalen Stammtisches, einer interkommunalen Zusammenarbeit der Ortsvereine Asperg, Markgröningen, Möglingen und Tamm am 21. Februar 2017 erarbeitet, diskutiert und zur Vorlage beim Parteivorstand beschlossen.